

**AUSZUG AUS DEM  
WORTPROTOKOLL**

**der 35. Sitzung der**

**XIX. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 3. Juli 2008**

**10.09 Uhr - 21.12 Uhr**

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 852), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 520) (Beilage 870)

Berichterstatterin: Edith Sack (S. 5674)

Redner: Mag. Josko Vlasich (S. 5675), Johann Tschürtz (S. 5676), Andrea Gottweis (S. 5678), Edith Sack (S. 5681), Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 5686) und Landesrätin Verena Dunst (S. 5688)

Annahme des Beschlussantrages (S. 5690)

**6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und**

**Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 852), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 520) (Beilage 870)**

**Präsident Walter Prior:** Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 852, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes zur Kenntnis genommen wird, Zahl 19 - 520, Beilage 870.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Berichterstatterin Edith Sack:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. Juni 2008, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Frau Berichterstatterin.

Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Josko Vlasich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE):** Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor!

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist, denke ich, dazu nicht allzu viel zu sagen, als dass man dieser Vereinbarung zustimmen sollte und zustimmen muss,

angesichts der wirklich dringenden Situation, was unsere Förderung, vor allem die Sprachliche Förderung der Kinder anlangt, aber auch was den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen unter drei Jahren betrifft.

Ich möchte nur daran erinnern, oder zumindest einige kritische Worte auch dazu verlieren, denn es ist aus heutiger Sicht ja wirklich nicht ganz eindeutig und auch etwas nebulos, wie man nun die zur Verfügung stehenden Mittel, immerhin sind es für das Burgenland was ich so gehört habe, über zwei Millionen Euro vorgesehen, einsetzen wird.

Ich möchte nur einige Punkte erwähnen, die ich hier kritisch hinterfrage. Es heißt, dass der Bund dafür zu sorgen hat, dass die Erziehungsberechtigten verpflichtet werden sollen, dass ihre Kinder ausreichend Deutsch können. Wie wird man an diese Sache herangehen? Wie wird man die Erziehungsberechtigten verpflichten, dass die Kinder vor der Aufnahme in die Schule die Deutsche Sprache beherrschen?

Wird der Zwangskindergarten kommen? Wird man nur die Kinder verpflichten, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, oder wird man alle verpflichten? Wird es ein Jahr geben oder Kernzeiten wie zum Beispiel die Grünen es vorschlagen, dass man verpflichtende Kernzeiten in den Kindergärten einführen sollte?

Das sind alles Fragen, die wahrscheinlich noch zu klären sein werden, wo man gar nicht so einfach zu einer Lösung kommen wird. Ich möchte es gar nicht verhehlen, bei uns, innerhalb der Grünen, gibt es hier sehr unterschiedliche Meinungen. Ob das jetzt ein verpflichtendes Vorschuljahr sein soll, oder ob das eben diese verpflichtenden Kernzeiten sein sollen, darüber muss man durchaus noch diskutieren.

Dann die zweite Frage: Wer stellt denn fest, ob die Sprachkenntnisse reichen? Die KindergärtnerInnen, andere PädagogInnen, die von Standort zu Standort reisen und dann sozusagen diese Kenntnisse überprüfen? Oder wird man die Kindergärtnerinnen verpflichten, Zusatzausbildungen zu machen? Das ist, was ich im Bildungsplan gesehen habe, vorgesehen, dass man hier Zusatzausbildungen anbietet. Also auch das scheint mir noch nicht ganz geklärt zu sein.

Die Sprachenstandsfeststellung soll 15 Monate vor dem Schuleintritt erfolgen. Wird es ein kostenloses Kindergartenjahr oder Vorschuljahr geben? Was ich so höre, die SPÖ hat das zumindest als eine der Forderungen vor der Nationalratswahl gehabt, auch wir würden dem nicht fern stehen. Ich denke, dass sich hier, dass die SPÖ inzwischen sofern sie lernfähig ist, auch, denke ich, gelernt hat. *(Abg. Gerhard Pongracz: Lernfähig, Du wirst gleich haben!)*

Herr Kollege, das muss man schon sagen angesichts der desaströsen Zustände die Sie auf Bundesebene vorspielen.

Wenn es kein kostenloses Vorschuljahr gibt, wer wird dann dafür sorgen, dass die Kinder an irgendwelche Orte gebracht werden, womöglich also zentral, wo Deutschkenntnisse verbessert werden sollen? Wer wird die Kurskosten zahlen? Wer wird die Fahrtkosten dafür bezahlen? Also auch das ist, meiner Ansicht nach, eine Frage, die man hier stellen darf.

Laut Vereinbarung soll es einen Bildungsplan für Kindergärten zur Verbesserung des Überganges vom Kindergarten in die Volksschule geben. Dieser soll erstellt werden. Eine gute Forderung, eine wichtige Forderung. Aber auch hier sehe ich bis jetzt noch wenig, was es davon gibt. Bis Juli 2008, das ist jetzt, soll ein Entwicklungsplan betreffend die sprachliche Frühförderung und sollen auch einheitliche Bildungsstandards festgelegt werden.

Ich habe bis jetzt noch keine Unterlagen diesbezüglich bekommen. Vielleicht hat die Frau Landesrätin Resetar schon mehr davon gehört. Würde mich interessieren, wie weit hier das Burgenland mit diesem Bildungsstandard ist und ob es hier schon entsprechende Entwicklungspläne für diese sprachlichen Frühförderungen gibt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, man kann sich dem Thema, auch wenn man zustimmt, durchaus kritisch nähern. Denn alles ist nicht so einfach, vor allem nicht so einfach umsetzbar, wie es in dieser Vereinbarung vorgesehen ist.

Aber weil der ganze Plan, wie gesagt, ein dringend notwendiger ist, weil wirklich einmal Geld in die Hand genommen wird, um diese Kinderbetreuungseinrichtungen im Burgenland, im Bund und auch bei uns im Burgenland noch mehr zu verbessern und zu erweitern. Insbesondere soll es gezielte Förderungen für Einrichtungen unter drei Jahren geben. So werden wir auch dieser Vereinbarung zustimmen.

Besonders wichtig ist mir auch der Zusatz, auf den ich noch hinweisen möchte, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch für die Ausbildung von Tagesmüttern verwendet werden können und auch sollen. Wir werden dieser Vereinbarung unsere Zustimmung erteilen. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Als die FPÖ davon gesprochen hat, dass Deutschkenntnisse eines der wichtigsten Elemente sind, hat man uns geprügelt. Polemik, Populisten, geht nicht, kann nicht sein. Plötzlich hat man eigentlich den gleichen Gedankengang und plötzlich hört man nichts mehr vom Streit der ÖVP und der SPÖ. Plötzlich ist es vorbei. Es gibt keinen Streit mehr. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch Stunden vorher hat man sich die Köpfe eingeschlagen. Das heißt, man hat von Seiten der SPÖ und der ÖVP versucht, wer derjenige ist, der den anderen am besten auf den Kopf hauen kann.

Das verstehe ich überhaupt nicht. Denn ganz wichtig ist, dass wir für unsere Burgenländer etwas tun, wichtig ist, sozial statt sozialistisch und nicht der ewige Streit, der zwischen ÖVP und SPÖ hier stattfindet. *(Abg. Christian Illedits: Er ist Burgenländer! Er ist noch Burgenländer!)* Es gibt in der Landesregierung im Burgenland einen Stillstand. In der Bundespartei gibt es sowieso das Wachkoma. *(Abg. Christian Illedits: Dort ward Ihr sieben Jahre. Sieben Jahre ward Ihr dort. - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist heute ein Ausdruck gefallen, der wirklich definitiv auch nachvollziehbar ist. *(Abg. Edith Sack: Das ist aber jetzt wirklich ein Witz!)* Es gibt nur eine Möglichkeit, nämlich, eine Koalition und ein Bündnis mit dem Bürger. Das streben wir Freiheitlichen an. *(Abg. Gabriele Arenberger: Ihr schürt die ganze Zeit Ängste! Das macht Ihr.)* Nicht so, wie die SPÖ, die in ihrem Flugblatt ganz groß geschrieben haben:

Liebe Burgenländerinnen und liebe Burgenländer! Geht bitte nach dem Essen einkaufen! Esst viel und geht nach dem Essen einkaufen, damit ihr nicht zuviel einkauft, weil dann geht es euch besser und dann gebt ihr nicht zuviel Geld aus. Das ist die Linie der SPÖ. Diese Linie vertreten wir nicht. Wir sind für sozial, statt sozialistisch. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ernst Schmid: Ich weiß nicht, was Du willst. Das ist doch für die Gesundheit.)*

Diese Bevölkerungstäuscherpartei der SPÖ, die jetzt mit diesem EU-Reformvertrag aber so etwas von einem Täuschungsmanöver abhält, das hat man wirklich noch nie erlebt. Vorher stimmt man zu, dann sagt man, eigentlich hätten wir ohnehin nicht

zustimmen sollen, denn jetzt machen wir eine Volksabstimmung, oder auch nicht. Das heißt, das ist Tohuwabohu pur.

Beim heutigen und jetzt hier befindlichen Antrag zur Gesetzesänderung ist es so, dass natürlich auch im Vorfeld über viele Situationen und Dinge gesprochen wurde. Ich selbst glaube, dass auch ein Absenken auf zweieinhalb Jahre für das Kindergartenalter nicht der richtige Ansatz ist, denn es ist nicht der richtige Ansatz, familienpolitisch einfach zu sagen: Lasst die Kinder im Stich! Gebt die Kinder in irgendeine Betreuungseinrichtung! *(Abg. Edith Sack: Das ist jetzt wohl ein Scherz!)*

Wir wollen familienpolitisch, dass Eltern die Möglichkeit haben, bis zum dritten Lebensjahr bei den Kindern zu bleiben. *(Abg. Christian Illedits: Ist es vielleicht gescheiter die Mütter im Stich zu lassen? - Abg. Edith Sack: Die Mütter sollen eine Wahlmöglichkeit haben. – Allgemeine Unruhe)* Deshalb wird es wichtig sein, ein Erziehungsgehalt einzuführen, wo die Kindererziehung wirklich als Beruf anerkannt wird, wo man nicht die Abschiebung der Kinder vorantreibt. Das ist das allerwichtigste. *(Abg. Christian Illedits: Sollen die Mütter also zu Hause bleiben? – Abg. Maga. Margarethe Krojer: Frauen und Männer sollen eine Wahlmöglichkeit haben.)*

Es wäre sogar noch wichtiger, ein Kindergeld bis zum sechsten Lebensjahr durchzusetzen. Denn auch damals, als die FPÖ vom Kindergeld gesprochen hat, hat man auch genauso wie jetzt geschrien und gesagt, dass sei reine Polemik und nicht umsetzbar. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Gabriele Arenberger: Sollen die Frauen also zu Hause bei den Kindern bleiben und dann als Folge keine Pension bekommen. Denn so würde es doch ausschauen, oder?)*

Wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, die Familien so zu unterstützen, dass auch Frauen die Möglichkeit haben, bei ihren Kindern zu bleiben und ihnen auch ein angemessenes Erziehungsgehalt gewährt wird. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Und Männern!)* Denn mit 436 Euro kann eine Mutter, die ein Kind erzieht, nicht leben.

Glaukt mir das, auch wenn Ihr noch so schreit, denn wenn eine Mutter alleine schon die Nahrungsmittel für die Kinder kauft, *(Abg. Gabriele Arenberger: Das ist doch wirklich lächerlich!)* dann zeige ich euch einmal eine Abrechnung, wo der eine Einkauf schon 60 oder 70 Euro ausmacht. Jetzt muss man mit 436 Euro auskommen. *(Abg. Christian Illedits: Das wissen wir ohnehin! - Abg. Gabriele Arenberger: Das wissen wir. Aber das Kindergeld habt doch Ihr eingeführt.)* Daher wollen wir ein Kindererziehungsgehalt, den Beruf der Kindererziehung die Wertschätzung der Mütter, die leider Gottes nicht vorhanden ist. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zur sprachlichen Situation muss man natürlich auch anführen, dass es wichtig ist, dass man Deutsch spricht. Denn wenn man in Österreich wohnen möchte, ist es auch wichtig, diese Sprache zu sprechen. Wir wissen alle, dass in Schulen in Wien bis zu 80 oder sogar 90 Prozent nicht deutschsprechende Kinder anwesend sind.

Das heißt, alle diejenigen, die es sich leisten können, nehmen eben eine Privatschule in Anspruch. Deshalb gehört jetzt hier ein Ansatz, wo definitiv dann auch gewährleistet ist, dass in Österreich lebende Personen auch die Kultur, die Sprache, das Brauchtum, also insgesamt den Brauch, der in unserer Kultur stattfindet, auch akzeptieren und anerkennen. Diese Intention ist sehr wichtig, denn es ist auch wichtig, zu sagen, dass endlich auch diesbezüglich ein erster Schritt getan wird.

Ich gebe Ihnen schon recht, Herr Kollege Vlasich, es ist klar, es ist noch nicht ausgereift, es wird natürlich dort und da noch ein bisschen zwicken und zwacken, aber Faktum ist, dass es wichtig ist, endlich einmal Initiativen zu setzen. Das ist hier der Fall und deshalb begrüßen wir das.

Abschließend sage ich noch: Denken wir wirklich an unsere Burgenländer, liebe SPÖ. Denken wir an die 50.000 armutsgefährdeten Burgenländerinnen und Burgenländer, die Ihr im Stich lasst. Niemand kann sich mehr etwas leisten. Seit es diese ÖVP und SPÖ Regierung gibt, geht es jedem schlecht.

Daher wäre es wichtig, endlich auch im Burgenland soziale Aspekte zu setzen. Die Anerkennung des Berufes der Kindererziehung, kostenlose Kindergärten (*Abg. Anna Schlaffer: Dann habt Ihr wirklich nicht zugehört.*) und notwendige Anschaffungen seitens des Landes mit einem kostenlosen Darlehen zu ermöglichen, wären wichtige Aspekte.

Man kann sich heute nicht einmal mehr einen Herd kaufen, nicht einmal mehr eine Waschmaschine, wenn sie kaputt geht, weil es wirklich 50.000 Menschen schlecht geht. Dort muss angesetzt werden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Deshalb sagen wir sozial, statt sozialistisch und das werden wir Freiheitlichen mit Nachdruck betreiben. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsident Walter Prior:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Andrea Gottweis das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Andrea Gottweis (ÖVP):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es liegt uns der Beschlussantrag über die 15a Vereinbarung vor, die den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuungsangebote, die Einführung der verpflichtenden fremdsprachlichen Förderung sowie die Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes regelt.

Ziel all dieser Vereinbarungen, Herr Kollege Tschürtz, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nach dem Barcelona-Ziel soll bis 2010 die Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen bei 33 Prozent liegen. Diese Vereinbarung soll mit dazu beitragen, dass dieses Ziel erreicht wird.

Natürlich sind wir für die Wahlmöglichkeit. Eine Wahlmöglichkeit kann aber nur dann gegeben sein, wenn entsprechende Angebote vorliegen. Deshalb muss man solche Angebote schaffen. Mit diesem Geld sollen in erster Linie Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden. Erfreulich ist, der Kollege Vlasich hat es bereits erwähnt, dass diese Mittel, dank der Initiative von ÖVP Bundesländern, auch für die Ausbildung von Tagesmüttern verwendet werden können.

Denn die Tagesmütter sind schon eine sehr wichtige Ergänzung zu den institutionellen Betreuungseinrichtungen. Hier mauert die SPÖ im Burgenland seit Jahren. Es gibt noch immer keine gesetzliche Verankerung und keine Förderung für Tagesmütter. Deshalb ist in diesem Bereich im Burgenland diese Vielfalt nicht möglich.

Weiters sollen Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die erste Schulstufe der Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch möglichst beherrschen. Hier stehen im Burgenland 83.500 Euro für diese sprachliche Frühförderung zur Verfügung. Man sieht, dass das im Burgenland nicht das große Thema ist. Die sprachliche Frühförderung funktioniert über die Kindergärten und wird auch in Zukunft mit diesem Geld funktionieren.

Für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen stehen 15 Millionen Euro osterreichweit für die Jahre 2008/2009 und 2010 zur Verfügung. Das sind für das Burgenland 437.000 Euro. Zwischen 1.500 und 4.000 Euro pro Jahr und zusätzlichen Betreuungsplatz stellt der Bund zur Verfügung. Dieses Geld muss dann vom Land im Verhältnis 3:4 also drei Teile Bund, vier Teile Land kofinanziert werden.

Frau Landesrätin Resetar hat diese Vereinbarung schon immer als nicht weit reichend genug bezeichnet. Unser und ihr Hauptkritikpunkt ist und war, dass das Burgenland nicht selbst entscheiden kann, welche bedarfsorientierten Betreuungsangebote mit diesem Bundesgeld geschaffen werden. Die Vereinbarung regelt ganz klar, was nur gefördert werden kann.

Das ist sehr eng determiniert. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil das Betreuungsangebot verbessert wird, jedoch sind die burgenlandspezifischen Bedürfnisse nicht ausreichend berücksichtigt.

Man hat zwar teilweise eingelenkt, weil jetzt auch die Drei- bis Sechsjährigen zusätzlichen Betreuungsplätze gefördert werden können, aber die Nachmittagsbetreuung, die im Burgenland sehr schwach ausgebaut ist, kann mit diesem Geld nicht unterstützt werden. Hier sehen wir einen enormen Bedarf.

Die Hortförderung gibt es im Burgenland nicht. Deshalb ist dieses Angebot im Burgenland auch sehr unterrepräsentiert. Ich denke, hier hat der Herr Landeshauptmann die burgenländischen Interessen nicht gebührend beachtet und nicht entsprechend mit der Frau Ministerin Bures auch das ausverhandelt, dass wir gerade diese Betreuungslücken schließen können.

Die SPÖ mauert aber nicht nur bei der Hortförderung und das schon seit Jahren, sondern auch bei sonstigen Verbesserungen was die Kinderbetreuung anbelangt. Ihre Politik beschränkt sich in erster Linie auf Ankündigungen. Nichts Konkretes liegt am Tisch. Die Frau Landesrätin wackelt zwar mit einem Stoß Papier, aber uns als ÖVP-Fraktion oder auch den anderen Fraktionen liegt kein Gesetzesentwurf vor.

Die Frau Landesrätin kündigte schon im März in einem Fernsehgespräch an, dass sie ein Kindergartengesetz vorlegen wird, obwohl gleichzeitig Parteienverhandlungen laufen. Ich denke, die wurden nur zum Schein geführt oder ich weiß nicht warum überhaupt.

Dann ist die SPÖ zu den Verhandlungen überhaupt nicht mehr gekommen. (*Abg. Edith Sack: Das stimmt nicht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Nein, Ihr seid nicht gekommen, weil wir sind dort und alle anderen Fraktionen sind dort gesessen. Ihr seid eingeladen gewesen. (*Abg. Edith Sack: Das stimmt nicht!*) Das wird sich beweisen lassen. Dann wurde auf einmal ein eigenes Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsgesetz angekündigt, wo, laut Medien, die Hauptforderungen mit dem ÖVP-Antrag übereinstimmen.

Bekannt ist nichts Genaues. Wir wissen auch nichts Genaues. Ich denke, dass ist reiner Populismus was hier, von Ihrer Seite, betrieben wird. Die SPÖ beweist wieder einmal, dass sie keine Handschlagqualität hat und total abgehoben agiert.

Jetzt ist die ÖVP gezwungen worden, einen Initiativantrag einzubringen, denn bereits am 11. Juni hat die Frau Landesrätin Maga. Resetar das Kindergartengesetz als Regierungsvorlage eingebracht. Die SPÖ, der Herr Landeshauptmann, haben gemauert, Chancen vertan, Arbeitsverweigerung durch Nichtteilnahme an den Parteienverhandlungen, (*Abg. Edith Sack: Die Arbeitsverweigerung liegt aber sicher bei Euch!*) Blockade auf der Regierungsebene. Das Gesetz ist wochenlang dort gelegen und wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Deshalb haben wir jetzt einen Initiativantrag eingebracht. Der liegt auf dem Tisch. Ihr Antrag liegt nicht auf dem Tisch. Der kann frühestens am 2. Oktober einlaufen und dann muss er erst dementsprechend behandelt werden. Die Frage, wer hier untätig ist und wer hier blockiert, kann jetzt jeder für sich entscheiden. (*Abg. Doris Prohaska: Das ist*

*richtig! - Allgemeine Unruhe)* Aber das ist sicher nicht die Frau Landesrätin Resetar, sondern das sind Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP)*

Uns, als ÖVP, ist es wichtig, dass das Betreuungsangebot für unsere Kinder verbessert wird. Deshalb umfasst unser Entwurf des neuen Kindergartengesetzes Verbesserung durch die Senkung des Kindergartenalters auf zweieinhalb Jahre, durch die verpflichtende Anstellung einer Helferin bei eingruppigen Kindergärten und auch bei mehrgruppigen Kindergärten ab einer Gruppenzahl von 20.

Ich denke, dass ist auf alle Fälle eine Investition in die Betreuungsqualität, die unbedingt notwendig ist. Es gibt kein Bundesland in Österreich, wo es nicht eine verpflichtende Helferin oder zweite Person in einer Gruppe gibt. Das ist bei den heutigen Bedürfnissen der Kinder unumgänglich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin schon neugierig, ob Ihr Entwurf das dann auch beinhaltet, weil Sie immer behaupten, Ihr Entwurf ist weitreichender. Weiters enthält unser Entwurf auch die Hortförderung für die gemeinsame Betreuung von Volksschul- und Hauptschulkindern und die Ausweitung der Öffnungszeiten von 48 auf 60 Stunden. Damit wird dem Wunsch der Eltern entsprochen, die sich, mit Recht, von dieser Regelung ein weiter verbessertes Betreuungsangebot erwarten.

Dieses Kindergartengesetz wurde vor allem aber auch auf breiter Basis diskutiert. Der Frau Landesrätin ist das sehr wichtig. Sie hat alle betroffenen Gruppen in den Diskussionsprozess eingebunden. Es sind dies die Gemeinden als Erhalter, die Eltern, die Kindergartenpädagogin und die Sozialpartner. Über 40 Stellungnahmen sind im Rahmen des Begutachtungsverfahrens eingelangt. *(Abg. Edith Sack: Die Finanzen waren nicht abgeklärt. Überhaupt war vieles nicht abgeklärt. Wer sollte da etwas abgeben? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ihr habt gar keine abgegeben. *(Abg. Edith Sack: Ihr werdet Euch noch wundern, wenn wir sie abgeben.)*

Begonnen hat das Ganze mit einer Landtagsenquete. Dann gab es eine Umfrage bei den KindergartenpädagogInnen und auch eine Elternumfrage, die eine 90-prozentige Zustimmung oder Zufriedenheit der Eltern wiedergegeben hat. Ich denke, damit wird eindrucksvoll bestätigt, dass dieser partnerschaftliche Weg, den die Frau Landesrätin geht, eine Zustimmung erfährt.

Das neue Gesetz ermöglicht es, die Betreuungsquote der unter Dreijährigen um 600 Betreuungsplätze zu erhöhen und vor allem, speziell für Frauen, zusätzlich 200 Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu braucht man Geld, das auch von der Frau Landesrätin im Rahmen der Budgetverhandlung im Landesbudget beantragt wurde.

Herr Landesrat Bieler hat gesagt: Er hat das nicht gelesen, er ist nicht informiert. Der Herr Landeshauptmann unterstützt wieder diese Forderung nach einer Verbesserung der Betreuungsqualität und nach einer Helferin. Ich denke, auf einmal ist dann das Geld wieder da.

Ich denke, innerhalb der SPÖ gibt es da Informationsdefizite, denn eine Hand weiß nicht, was die andere tut. Wir und Frau Landesrätin Resetar, sind auf alle Fälle ein Garant dafür, dass die Kinderbetreuung in guten Händen ist. Wir verfolgen auch weiter das Ziel, Europameister bei der Kinderbetreuung zu werden.

Mit einer Betreuungsquote von 97 Prozent sind wir im Spitzenfeld. Bei den unter Sechsjährigen sind wir absolute Spitze, bestes Bundesland. Bei den unter Dreijährigen liegen wir hinter Wien an zweiter Stelle. Mit dem neuen Gesetz sind wir auf dem richtigen Weg, Europameister zu werden. *(Abg. Ernst Schmid: Das sind wir schon! Wir sind es bereits. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Gemeinden, Kinder und Eltern sind bei der ÖVP in guten Händen, weil es uns wichtig ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert wird, wobei die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung für uns das Wichtigste und Wesentlichste ist. Wir werden dieser 15a Vereinbarung unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident Walter Prior:** Ich erteile das Wort nunmehr der Frau Abgeordneten Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Edith Sack (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich zu meinem Thema komme, möchte ich einige Sätze in Richtung ÖVP sagen, zu den ganzen Dingen, die heute schon den ganzen Tag passiert sind.

Werte ÖVP! Sie verstehen es wirklich wunderbar, einem das Wort im Mund umzudrehen. Das ist und war heute den ganzen Tag schon Ihr Bestreben. Es ist einerseits sehr interessant, wie Sie Ihre Kompetenzen wegwerfen, wenn Sie Vorteile für sich selbst sehen und es ist andererseits aber interessant, wie Sie Erfolge der SPÖ zuerst schlechtreden und dann nach außen als Ihre Erfolge verkaufen.

Sie sind Regierungspartei, übernehmen keine Verantwortung, keine Verpflichtung, bremsen und blockieren in allen Bereichen. Ich denke, das ist äußerst bedenklich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Eines möchte ich auch noch ansprechen, Herr Abgeordneter Klikovits. Die ganze ÖVP misst hier mit zweierlei Maß. Der Herr Abgeordnete Klikovits stellt sich hier hin und sagt: Die SPÖ hat hier und heute eine Märchenstunde. Ich sage, und Ihr habt ein Kasperltheater und dann ist hier totale Unruhe. Ich denke, wenn jemand austeilen kann, dann muss er auch einstecken können, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Rudolf Strommer: Was soll das? Herr Präsident! Ein Ordnungsruf!)*

Wir haben noch keine Arbeit niedergelegt, weil wir sind diejenigen, die arbeiten. *(Abg. Oswald Klikovits: Frau Kollegin! Wer hat denn den Ordnungsruf bekommen? Ich habe ihn bekommen, für das, was Sie hier draußen geredet haben. - Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Nun zur 15a Vereinbarung.

**Präsident Walter Prior** *(das Glockenzeichen gebend):* Frau Abgeordnete! Wenn die Glocke ertönt, bin ich am Wort.

Herr Kollege Klikovits! Sie haben nicht aufgrund der Auseinandersetzung mit der Kollegin Sack einen Ordnungsruf bekommen. Sie haben den Ordnungsruf aus einem ganz anderen Grund bekommen. *(Abg. Oswald Klikovits: Und zwar?)* Sie können es im Protokoll nachlesen. Sie werden draufkommen. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten - Abg. Oswald Klikovits: Das ist wirklich unerhört! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Edith Sack (SPÖ)** *(fortsetzend):* Ich denke, das war wegen des gesamten Verhaltens.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Allgemeine Unruhe)* Ich bin am Wort, Herr Kollege Klikovits, aber Sie können sich dann gerne selber auch zu Wort melden.

Ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und flexibles Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Abgeordneter Tschürtz! Von Ihnen bin ich eigentlich schon sehr enttäuscht, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber geh!)* dass Sie so rückschrittlich denken, denn Sie sollten schon wissen, dass wir Rahmenbedingungen für die Eltern schaffen. Ich spreche hier nicht von Frauen. Darüber sollten Sie auch einmal nachdenken, denn auch Väter haben die Möglichkeit und die Pflicht, für ihre Kinder da zu sein.

Dass sie die Möglichkeit haben, ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu geben und dass die Eltern selbst entscheiden können, ob sie arbeiten gehen wollen und müssen.

Vom Frauenministerium aus ist die Initiative zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und vor allem auch der Sprachförderungen gestartet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Unterstützung von Familien durch ein individuelles Kinderbetreuungsangebot ist der SPÖ ein ganz besonders Anliegen. Der Bund stellt, dank unserer Frauenministerin Bures, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ehemalige! Sie wurde bekanntlich degradiert. Das geht bei Euch sehr schnell! Die Doppelspitze hat eben anders entschieden.)* endlich nach vielen Jahren wieder Geld für unsere Kleinsten zur Verfügung und zwar in drei Jahren 20 Millionen Euro, die von den Bundesländern kofinanziert werden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Unser Finanzminister!)*

Ja, okay, aber das ist auch unsere Sache. Von diesen 20 Millionen Euro werden 15 Millionen für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und die Ausbildung von Tagesmüttern verwendet. Fünf Millionen Euro fließen in den Ausbau der Sprachförderung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Mittel für die Sprachförderung sollen Kindern mit Migrationshintergrund, sowie auch österreichischen Kindern mit Sprachschwierigkeiten helfen, einen guten Schuleintritt ohne Sprachprobleme zu gewährleisten. Die Regierung hat die notwendigen Beschlüsse gefasst. Nach längeren Verhandlungen mit den ÖVP-Bundesländern, weil die ÖVP nicht unterschreiben wollte, ist endlich zwischen Bund und allen neun Bundesländern die 15a Vereinbarung abgeschlossen.

Interessant war schon, dass genau bei dieser 15a Vereinbarung plötzlich so gewichtige Gründe im Raum standen, dass es für die ÖVP-dominierten Bundesländer unmöglich war, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Die ÖVP wollte und will nicht den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen forcieren und sie will auch nicht die Ganztagsbetreuung verstärkt ausbauen.

Nach außen geben Sie zwar vor, dass sie ausbauen wollen. Tatsächlich aber, in ihrem konkreten politischen Handeln, bremsen sie und wollten dringend notwendiges Geld nicht abholen. Es geht hier um nicht wenig Geld. Das Burgenland kann 520.000 Euro pro Jahr beim Bund für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und für die frühpädagogische Sprachförderung abholen.

Bei Vollausschöpfung geht es um 1,5 Millionen Euro in drei Jahren. Es hat niemand verstanden, warum die ÖVP-Länder dieses Geld nicht abholen wollten. Schließlich haben sie doch unterschrieben, aber nicht weil sich die Grundstruktur von ihnen oder die Einstellung von ihnen so maßgeblich geändert hat, sondern weil es den gesellschaftlichen Druck nicht mehr ausgehalten hat.

Denn, wer hätte verstanden, dass Ihr gegen eine qualitative gute Kinderbetreuung seid? Es gibt kein Verständnis dafür, dass vorhandenes und reserviertes Geld nicht abgeholt wird.

Wir, die SPÖ, haben uns zum Ziel gesetzt, die Geburtenrate zu heben, Kinder in ihren Entwicklungen zu stärken, Familien zu entlasten, Frauen gleichberechtigte Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und daher müssen wir in qualitativ gute Kinderbetreuung investieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch das Angebot der sprachlichen Frühförderung wird der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule erleichtert. Vielen Kindern wird dadurch der Schulalltag erleichtert und die Freude am Lernen ist bereits der halbe Erfolg.

Der Kindergarten ist eben eine wichtige Bildungseinrichtung. Der Bildungsauftrag wird von den PädagogInnen im höchsten Maße erfüllt, aber die Qualitätsstandards sollten einer gültigen Normierung zugeführt werden.

Wir, die SPÖ, wollen daher auch mit einer umfassenden Neuordnung der gesetzlichen Grundlagen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die Kinderbetreuungseinrichtungen im Burgenland als frühkindliche Bildungsstätten stärken und aufwerten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wollen in diesem Bereich einen großen Wurf, statt kleine Schritte, Frau Abgeordnete Gottweis. Wir wollen mit dem neuen Bildungs- und Betreuungsgesetz die größte Ausbau- und Qualitätsoffensive der letzten Jahrzehnte ermöglichen.

Ohne die SPÖ, und das ist jedem von uns klar, bewegt sich in der Frage der Kinderbetreuung nicht viel. Hier möchte ich mich ganz herzlich bei unserer Frau Landesrätin Verena Dunst bedanken. Danke Verena! *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie ist zwar nicht zuständig, aber bitte schön.)*

Schon 2002 hat die SPÖ die Novelle des Kindergartengesetzes vorangetrieben und mit der gemeindeübergreifenden Kinderkrippe, wo unser Herr Klubobmann Illedits Christian und die Frau Landesrätin sehr engagiert waren, und der entsprechenden Förderung von 80 Prozent das erste Signal gesetzt.

Dass wir heute landesweit 40 Kinderkrippen haben, beinahe doppelt so viel wie 2002, ist auf unser Engagement zurückzuführen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Auch die letzte Novelle, im Jahr 2005, hat wesentliche Verbesserungen gebracht. Vor allem eine Flexibilisierung bei den Öffnungszeiten und mehr KindergartenhelferInnen. *(Abg. Andrea Gottweis: Das gäbe es auch beim Hort, wenn wir dort ein Geld hätten.)*

Unser Ziel und unsere Aufgabe ist es, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die es der jungen Generation ermöglicht, dem Wunsch nach Kindern und trotzdem einen Beruf nachgehen zu können, zu realisieren. Denn ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft.

Aufgrund der großen Herausforderungen der heutigen Zeit und vieler sich ändernden Rahmenbedingungen ist es mit einer Novellierung nicht mehr getan. Wir wollen das Beste für unsere Kinder, wir wollen das Beste für die Eltern, für die PädagogInnen und vor allem auch für die Gemeinden. Daher haben wir ein Gesamtkonzept ausgearbeitet, und nicht wie die ÖVP nur ein Scheuklappenkonzept vorgelegt. *(Abg. Andrea Gottweis: Wo ist es denn? Wieso wurde es bis dato nicht vorgelegt?)*

Sie werden das rechtzeitig bekommen, Frau Abgeordnete Gottweis.

Wir haben uns auch das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass es bis 2013 4.000 Frauenarbeitsplätze gibt. Das ist nur erreichbar, meine geschätzten Damen und Herren,

wenn weitere Betreuungslücken geschlossen werden. Die gibt es vor allem bei den unter Dreijährigen, bei den bedarfsorientierten Öffnungszeiten und bei der Ferienbetreuung.

Daher wird auch erstmals eine einheitlich gesetzliche Regelung der Betreuungsangebote für das gesamte Altersspektrum von eineinhalb Jahren bis 14 Jahren geschaffen.

Die Frage, wie diese Betreuungslücken zu schließen sind, hat Landesrätin Resetar eigentlich völlig ausgeklammert. Wir wollen nicht reglementieren und beschränken, sondern wir wollen die Gemeindeautonomie stärken, um ein möglichst großes Maß an Flexibilität fördern.

Damit kann optimal auf die Bedürfnisse der Eltern eingegangen werden. Es geht darum, möglichst alle relevanten Partner an Bord zu holen. Die ÖVP ist mit ihrem Entwurf über die Gemeinden drübergefahren, denn sie haben bei der Senkung des Eintrittsalters auf 2,5 Jahre keine Übergangsfristen für die Gemeinden vorgesehen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Begutachtungsverfahren.)*

Die Gemeinden hätten viel zu wenig Zeit gehabt, denn das waren ganze zwei Monate, sich baulich und personell darauf einzustellen. Das ist schon wenig, Herr Klubobmann Strommer, da müssen Sie mir jetzt recht geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass das so nicht funktioniert, dass das unmöglich ist, dass dieses Gesetz im September schon in Kraft treten kann. Dass es Übergangsfristen geben muss. Wir haben darauf hingewiesen und siehe da, ich kriege den Entwurf der ÖVP und das Datum des Inkrafttretens des Gesetzes ist mit unserem deckungsgleich, nämlich der 1.1.2009.

Das heißt, die ÖVP hat ihren Fehler eingesehen. Sie haben ohne unsere Zustimmung Ihren Entwurf in Begutachtung geschickt, Frau Landesrätin Resetar. Nicht wir haben den Verhandlungstisch verlassen, sondern die ÖVP. Natürlich steckt hinter Ihrer Behauptung eine Taktik dahinter.

Ihre Taktik war, uns einen Termin für Verhandlungsgespräche zu nennen, der mit den anderen Fraktionen bereits vereinbart war. Der Herr Klubobmann Illedits hat darauf hingewiesen, dass dieser Termin bei uns nicht möglich war. Trotzdem ist uns kein anderer Termin vorgelegt worden. Obwohl wir die größte Partei im Landtag sind, habt Ihr mit den Grünen und mit den Freiheitlichen die Verhandlungen gemacht und uns ausgeklammert.

Warum haben Sie das getan? Damit Sie heute hier sagen können, dass die SPÖ nicht an den Parteiverhandlungen teilgenommen hat. Das ist Ihre Taktik und das finde ich ungeheuerlich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mit dieser Taktik und mit diesem Alleingang, Frau Landesrätin Resetar, haben Sie nicht nur den Konsensweg verlassen, sondern Sie haben auch den Boden der Realität verlassen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ihr Vorschlag ist oberflächlich und macht um viele Problembereiche einen ganz großen Bogen.

Und es ist unmöglich nachvollziehbar, wie die ÖVP auf den Gedanken kommen kann, dass unser Entwurf mit ihrem deckungsgleich ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil Ihr gar keinen habt.)*

Na, dann werde ich Dir jetzt aber gleich ein paar Eckpunkte sagen, lieber Herr Klubobmann Strommer. Und da habe ich jetzt nur einige Beispiele, die nenne ich jetzt, und das im Schnelldurchlauf:

- Wir haben einen Versorgungsauftrag,
- für jedes Kind einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz,

- Entwicklungskonzept im Sinne einer Vorausschauensstrategie,
- Erstellung eines pädagogischen Konzeptes,
- Mindestöffnungszeiten,
- Hortförderung unter bestimmten Voraussetzungen,
- erhöhte Förderung für gemeindeübergreifende Kindergärten,
- alterserweiterte Kindergartengruppen,
- verpflichtende Helferin in eingruppigen Häusern,
- flexible bedarfsangepasste Ferienbetreuung,
- Gemeindeautonomie,
- verpflichtende kostenlose ärztliche Untersuchung, *(Abg. Andrea Gottweis: Das steht alles in unserem Entwurf.)*
- wesentliche Verbesserungen für Gemeinden im Bereich der baulichen Gestaltung,
- verbesserte Fördermechanismen,
- Ausweitung der Wochenstunden und Senkung des Eintrittsalters.

Das alles findet sich in unserem sozialdemokratischen Gesamtpaket wieder, und im ÖVP Entwurf, Frau Abgeordnete Gottweis, ist hier keine Spur von dem allen. *(Abg. Andrea Gottweis: Genau das Gleiche!)*

Einen Beschluss für unser ... *(Abg. Andrea Gottweis: Wir haben eine Helferin in jeder Gruppe, nicht nur in eingruppigen Kindergärten. – Allgemeine Unruhe.)* Aber wirklich nicht. Na dann schauen wir einmal, mit zwei Dingen sind wir gleich, das sind die Öffnungszeiten und die Senkung des Eintrittsalters auf zweieinhalb Jahre und dieser Vorschlag kam von der SPÖ! Das möchte ich hier auch noch klarstellen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir peilen für unser Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetz für den Frühherbst einen Beschluss an, möglichst zeitgleich mit dem neuen Budget, das auch den finanziellen Rahmen für die Gemeinden absteckt. Insgesamt werden von Landesseite 4,5 Millionen Euro zusätzlich investiert und weit über 100 Arbeitsplätze geschaffen.

Und nicht nur das, es gibt beim neuen Doppelbudget insgesamt mehr Geld im Frauen- und im Familienbudget. Es gibt um 40.000 Euro mehr für familienfördernde Maßnahmen. Wir haben um zirka 160.000 Euro mehr für Frauenangelegenheiten zur Verfügung.

Frau Landesrätin Dunst, Verena, herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ)*

Um mit diesen Mitteln des Landes, mit den Geldern aus der 15a Vereinbarung und mit den Maßnahmen im neuen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz wollen wir erreichen, dass Frauen Vollzeit arbeiten gehen können. Wir wollen, dass die Frauenerwerbsquote erhöht wird und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für das Wohl des Kindes ein. Wir vertreten die Anliegen der Familien. Wir haben unser Ohr bei den Menschen und versuchen, die Wünsche der Eltern umzusetzen und wir wollen den Gemeinden Rückenwind geben.

Bei unserer Frau Landesrätin Verena Dunst und der SPÖ sind die burgenländischen Familien in guten Händen. Wir wollen nicht verhindern, sondern wir wollen ermöglichen. Wir nehmen den Antrag zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch** *(der den Vorsitz übernommen hat.):* Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landesrätin Maga. Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Michaela Resetar** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich verstehe schon zum Teil die Aufregung, Frau Abgeordnete Sack, das ist schon verständlich, wenn ich mich ein Jahr mit dem neuen Kindergartengesetz beschäftige, und ich freue mich ... *(Abg. Edith Sack: Na traurig, dass Sie nicht mehr zusammengebracht haben.)*

Hören Sie mir jetzt einmal zu! Ich habe Ihnen auch zugehört und Sie nicht unterbrochen.

Ich freue mich, dass heute sehr viele Damen hier sind. Wahrscheinlich werden einige davon auch Mütter sein, die Kindergartenkinder oder Schulkinder haben, und es interessiert diese Damen wahrscheinlich überhaupt nichts von dem, was Sie da streiten, was Sie da behaupten. Sondern, Tatsache ist, *(Unruhe bei der SPÖ - Abg. Edith Sack: Oh doch, das interessiert die sehr wohl. – Abg. Gabriele Arenberger: Oja, die sind deswegen da. – Abg. Ewald Gossy: Das war ein Fettnäpfchen jetzt.)*

Tatsache ist, dass etwas passieren muss. Dass eine gewisse Sicherheit vorhanden sein muss, und sich die Eltern auch darauf verlassen können. Und Sie haben damals, als ich die Elternumfrage gemacht habe, gesagt, das interessiert Sie nicht, was die Eltern da sagen, eine so teure Elternumfrage zu machen. *(Abg. Erich Trummer: Oje, oje.)*

Tatsache ist, dass 11.000 Fragebögen ausgegeben wurden und 9.000 sind zurückgekommen und das derzeitige Kindergartensystem im Burgenland eine Zufriedenheit von 90 Prozent hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Einzige, was ich vorher immer von Ihnen gehört habe, war: Wir, wir, SPÖ, wir, SPÖ. Das war das Einzige, was es war. *(Abg. Edith Sack: Das ist so. - Abg. Inge Posch: Hätten Sie besser aufgepasst.)*

Mein Zugang zu einem neuen Kindergartengesetz ist, dass ich alle mit einbeziehe, *(Abg. Edith Sack: Das habe ich gesagt, haben Sie mir nicht zugehört?)* dass ich nicht darüberfahre, *(Abg. Edith Sack: Da drehen Sie mir wieder das Wort im Mund herum, wie Sie es den ganzen Tag schon machen. – Abg. Oswald Klikovits: Na geh, bitte.)*

Es kann sich jeder ein Bild davon machen, wenn Sie ständig Zwischenrufe machen, aber es ist auch eine parlamentarische Möglichkeit, Zwischenrufe zu machen. Ich habe, wie gesagt, Ihnen auch zugehört und Sie können sich ruhig nachher wieder melden.

Mein Zugang zu einem Kindergartengesetz ist jener, dass ich alle mit einbinde. *(Abg. Edith Sack: Das ist auch unserer.)* Und ich habe zuerst einmal eine Umfrage bei den KindergartenpädagogInnen gemacht, ich habe, wie gesagt, die Eltern auch mit einbezogen. Ich habe auch die Kindergartenerhalter, auch die privaten Erhalter mit einbezogen. Ich habe auch die Wirtschaft und die Arbeitswelt gefragt. Ich habe selbstverständlich auch Experten dazu befragt. Und das Ergebnis ist mit Sicherheit ein gutes Gesetz und mit Sicherheit deckt es sich in vielen Bereichen.

Sie haben gesagt eine Mindeststundenanzahl. Es gibt keinen Kindergarten, der unter 20 Stunden offen hat, sagen Sie mir einen! Ich kenne alle Kindergärten, ich kenne

keinen unter dieser Öffnungszeit, und daher diese Mindeststundenanzahl verlangen, da täuschen Sie den BurgenländerInnen etwas vor, was es in Wahrheit sowieso nicht gibt in der Praxis.

Als Kindergartenreferentin weiß ich das und vor allem, ich freue mich auch darüber, dass wir eine 98-prozentige Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen in Kindergärten haben. Damit sind wir Platz eins bei dieser Zahl, bei diesen Kindern, und bei den unter Dreijährigen haben wir den Platz zwei von allen Bundesländern eingenommen.

Ich sage Danke, den Gemeinden und den privaten Kindergartenerhaltern für die hervorragende Zusammenarbeit zum einen und zum anderen, dass Sie auch die Möglichkeit schaffen, zusätzliche qualitative und quantitative Verbesserungen zu ermöglichen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Nun, zur 15a Vereinbarung: Das ist mit Sicherheit ein richtiger Schritt und ich glaube sehr wohl, dass wir einen Großteil des Geldes auslösen können. Was ich aber immer wieder gesagt habe, dass ich nicht zwischen Kinder differenziere von drei bis sechs oder von ein bis drei Jahren. Sondern, bei mir beginnen Kinder von null Jahren, von also wenn sie auf die Welt kommen, bis zu einem Alter von 15 Jahre.

Und genau diese Zeitspanne ist es, wo auch die Kinder eine Kinderbetreuung brauchen. Daher habe ich immer wieder kritisiert, dass die Verhandlungen zwar geführt wurden, vom Herrn Landeshauptmann und der nicht mehr Frauenministerin Bures, um auf die burgenländischen spezifischen Bedürfnisse einzugehen, aber sie sind nicht wirklich darauf eingegangen.

Denn, wenn wir nicht so viele Krippenplätze in Zukunft neu machen können, dann wandert dieses Geld in andere Bundesländer. Dann können wir nicht diese große Summe auslösen. Daher habe ich immer wieder gefordert, dass nicht nur zwischen den ein- und dreijährigen Kindern, jetzt Gott sei Dank, und weil Sie das kritisieren, dass die anderen Bundesländer, die ÖVP Bundesländer, nicht zugestimmt haben.

Gott sei Dank, weil jetzt ist wenigstens jenes passiert, dass zusätzlich für die Tagesmütter Geld vorhanden ist, und das ist der Verdienst der ÖVP-dominierten Bundesländer. Dafür bin ich sehr dankbar und bedanke mich auch an dieser Stelle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Fest steht für mich, dass die zusätzlichen Geldmittel, die das Land vom Bund bekommt, den Gemeinden und den privaten Erhaltern zur Verfügung gestellt werden müssen. Und das steht ja auch noch nicht ganz fest, wie das Geld dann letztendlich fließen soll.

Tatsache ist, zum Beispiel, hat Norbert Sulyok eine neue Kinderkrippe aufgemacht, dass dieses Geld selbstverständlich in diese Gemeinde fließen muss, und dafür werde ich auch sorgen, dass es nicht irgendwo untergeht und woanders hinfließt. *(Abg. Norbert Sulyok: Danke.)*

Ein weiterer Schwerpunkt der Artikel 15a Vereinbarung ist die Forcierung der frühen Sprachförderung. Ich habe hier einiges Material mit, das mir meine Kindergarteninspektorinnen zur Verfügung gestellt haben. *(Landesrätin Mag. Michaela Resetar zeigt das Material her.)* Es gibt dort so Bildkarten, es gibt einen Beobachtungsbogen, es gibt ein Handbuch.

Tatsache ist, dass Gott sei Dank, schon 50 KindergartenpädagogInnen an der pädagogischen Hochschule im Burgenland diesen Lehrgang absolviert haben und der Kurs für Herbst ist wieder ausgebucht. Es hat dazu auch im Rahmen der Fortbildung für KindergartenpädagogInnen spezielle Tagungen gegeben.

Die Sprachstandsfeststellungen mit 15 Beobachtungskriterien wurden in den Kindergärten im Mai durchgeführt und 235 Kinder werden in den nächsten eineinhalb Jahren bis zum Schuleintritt intensiv sprachlich gefördert.

Ich bedanke mich bei den KindergartenpädagogInnen an dieser Stelle. Ich trete dafür ein, dass die jährlich 83.500 Euro vom Bund für die frühe Sprachförderung nicht nur für die Lehrgänge eingesetzt werden sollen, sondern darüber hinaus, dass sie dazu auch für die zusätzlichen Leistungen der KindergartenpädagogInnen verwendet werden.

Die zwischen den Ländern und dem Bund geschlossene 15a Vereinbarung ist zwar nicht das Gelbe vom Ei, sie unterstützt das Burgenland aber insofern, als wir es mit Sicherheit schaffen werden, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze bei den unter Dreijährigen zu erzielen.

Und lassen Sie mir einen letzten Satz sagen: Es nützt nichts, wenn Sie immer wieder versuchen zu blockieren. Sie hätten schon längst unserem Gesetz zustimmen können, dann hätte das im Oktober einlaufen können.

Und ich bin nicht nur Politikerin, ich bin auch Mutter, (*Abg. Edith Sack: Ich auch! – Abg. Gabriele Arenberger: Wir auch! – Abg. Erich Trummer: Ich bin Vater!*) und ich weiß genau, mit welcher Problematik die Eltern jetzt, und mit welcher Unsicherheit sie in den Herbst gehen, weil sie nicht wissen, ob sie ihr Kind untergebracht haben oder nicht. (*Abg. Gabriele Arenberger: Sicher nicht.*)

Das müssen Sie alleine verantworten, liebe Frau Kollegin, was Sie hier gemacht haben! (*Beifall bei der ÖVP*)

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Hoher Landtag! Zunächst einmal erlauben Sie mir auf einige Dinge der Regierungskollegin einzugehen.

Herzlichen Dank, dass Sie 11.000 Eltern befragt haben, richtig. Sie sind doch schon einige Jahre in der Regierung und Sie betonen immer wieder, dass Sie Frau und Mutter sind, dass Sie aber dann Umfragen brauchen, damit Sie verstehen, was burgenländische Frauen und Familien brauchen.

Sind Sie mir nicht böse, aber ich glaube, da wissen die Frauen da oben mehr und da im Saal die Männer und auch die Frauen Abgeordneten. Wir wissen, woran es krankt. Und wenn Sie auch sagen, wir sind Europameister, dann bin ich stolz darauf. Aber gehen Sie einmal hinaus und reden Sie tatsächlich mit den Frauen. Und stellen Sie es bitte nicht so dar, als wenn wir am Ende dessen wären, wir brauchen nichts mehr tun.

Dann fragen Sie wirklich jene, (*Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Das hat kein Mensch gesagt.*) die um 6.00 Uhr in der Früh zur Arbeit müssen, oder die im Tourismus arbeiten. Da prahlen Sie sich immer mit Ihrer Kompetenz, dann wissen Sie auch, wo bringen sie denn die Kinder hin, wenn Sie bis 20.00 Uhr Dienst haben und der Mann ist Pendler in Wien?

Also bitte, bleiben Sie am Boden der Realität. Ich glaube, Sie haben den leider schon lange verloren. (*Beifall bei der SPÖ - Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Das muss ich mir nicht anhören.*)

Zum Zweiten: Ich möchte, genauso wie Sie, einmal jenen danken, die hauptsächlich die Arbeit leisten in der Kinderbetreuung. (*Landesrätin Mag. Michaela Resetar verlässt den Landtagssaal.*) Schade, dass Sie gehen, (*Abg. Matthias Gelbmann:*

*Jetzt geht sie. Jetzt haben wir sie vertrieben, jetzt ist sie beleidigt. – Abg. Christian Illedits: Jetzt ist sie gegangen. – Abg. Erich Trummer: Tschüss.)* ich hätte Ihnen gerne noch einiges gesagt, aber es macht nichts.

Ich möchte mich einmal bei jenen bedanken, die hauptsächlich die Kinderbetreuung zahlen, nämlich die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen mit den Steuermitteln ihrer Bevölkerung. Herzlichen Dank! Sie tragen den größten Teil der Kinderbetreuung im Burgenland. Das Land und die Eltern zahlen natürlich ihre Beiträge, aber vor allem ist es den Gemeinden zu verdanken. Mit denen sollte man einmal reden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ein herzliches Dankeschön, natürlich auch an die KindergartenpädagogInnen. Keine Frage, die sind die, die täglich mit den HelferInnen Vorort arbeiten, die großartige Arbeit geleistet haben, auch jetzt wieder im abgelaufenen Kindergartenjahr. Wir sind denen verpflichtet, Rahmenbedingungen zu schaffen. Und da bin ich schon beim Gesetz, beziehungsweise der 15a Vereinbarung.

Meine Damen und Herren, ich denke, das kann wohl nur ein Scherz sein, wenn ich heute darüber rede, einer 15a Vereinbarung nicht zustimmen zu wollen oder doch und vielleicht und vielleicht doch wieder nicht.

Es hat sich Null verändert durch das Veto der ÖVP Bundesländer. Null. Und ich kann nur der Abgeordneten Sack zu ihrer Aussage gratulieren. Warum haben denn die ÖVP Bundesländer dann plötzlich zugestimmt? Null haben Sie verändert. Sie haben Null erreicht in den Verhandlungen. Na ja, Sie haben aber gespürt, dass Sie sich das politisch nicht leisten können.

Weil, erzählen Sie mir das einmal, dass das Burgenland das Geld abholt, aber zum Beispiel nur weil Tirol und Vorarlberg anders eingefärbt sind, dort den Eltern zu erklären, nein, wir tun nichts für eure Kinder. Da haben sie Angst bekommen und deswegen haben sie jetzt unterschrieben, und nicht, weil sie etwas verändern wollten. Das ist lächerlich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn Sie sich heute, von der ÖVP samt der Regierungskollegin, herstellen und sagen super, Europameister, ich habe es vorher schon gesagt, dann darf ich nur wohl noch einmal unterstreichen, wer diese Arbeit geleistet hat, dass wir heute im Burgenland so weit sind, dass wir wirklich familienfreundlich, frauenfreundlich, aber auch kinderfreundlich sind.

2002 ist schon erwähnt worden. Ich möchte mich gar nicht mehr zurückerinnern an die Diskussionen, die wir beide damals geführt haben, was die ÖVP gesagt hat, wie: Frauen gehören hinter dem Herd, bleibt daheim, *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Das ist eine Frechheit!)* dort schaut einmal auf eure Familie. Das war damals die Einstellung der ÖVP. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Das ist lächerlich.)*

Gott sei Dank, haben wir damals schon abstimmen können. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Das ist wirklich lächerlich, Frau Kollegin. – Abg. Andrea Gottweis: Das ist eine Frechheit. Das ist eine Unterstellung. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Also bitte, das ist eine Unterstellung. Da stellt sich ein Regierungsmitglied her und sagt so etwas.)*

Meine Damen und Herren, mit Ihrer Aufregung zeigen ... *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Norbert Sulyok: Das ist wirklich ganz tief. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich sehe, ich habe Sie mit meinen Worten getroffen. *(Allgemeine Unruhe - Die Abgeordneten der ÖVP verlassen den Landtagssaal.)* 2005 haben wir mit Grün und Freiheitlich abgestimmt, sonst hätten wir wieder kein verbessertes Kindergartengesetz.

Auch wenn Sie der Wahrheit entrinnen wollen, indem Sie hinausgehen. Dann sehen Sie endlich einmal ein, was wir getan haben und Sie leider nicht getan haben!

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, Gott sei Dank, gibt es eine Frauenministerin, Gott sei Dank, jetzt wieder nach sieben Jahren. Denn die erste Initiative der ÖVP mit Blau und Orange war, das Frauenministerium zuzusperren. Da haben Sie gezeigt, was denn los ist. Was Ihnen wichtig ist, Frauenministerium brauchen wir keines. Und sieben Jahre hat es keine Frauenpolitik gegeben. Gott sei Dank, sind jetzt die Weichenstellungen auf Bundesebene wieder andere.

Zweitens, wenn Sie meinen, dass die Frauen da sind, die ja hoffentlich auch etwas verstehen, dann darf ich Ihnen sagen, warum die Frauen zum Großteil heute da sind. Es sind durchaus bewusste Frauen, Frauenpolitikerinnen, und ich bedanke mich bei den Zuhörerinnen. Sie sind da, weil wir heute einer sehr verdienstvollen Abgeordneten einfach mit unserem Dasein, und viele dieser Frauen sind eben deswegen auch da, weil sie zeigen wollen, wir schätzen diese Arbeit. *(Abg. Johann Tschürtz: Sie haben keine Tafel mit „Ich liebe Euch“)*

Wir anerkennen mit großem Respekt Deine Arbeit, liebe Gabi Arenberger. Herzlichen Dank von uns allen. Du hast großartige Arbeit in diesem Land geleistet. Du hast großartige Arbeit im Landtag für die Frauen, für die Familien, für die Umwelt, für Frauen in Gewaltsituationen, für die Bauern in unserem Land geleistet, herzlichen Dank! Deswegen sind wir eigentlich alle hier. *(Beifall bei der SPÖ und Beifall auf der Galerie.)*

In diesem Sinne mit Hilfe des Bundes, Dank der SPÖ, Dank der Frauenministerin Bures mit Hilfe der 15 a, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Haben wir da einen roten Parteitag, oder was?)* beziehungsweise mit Hilfe eines tollen, neuen Kindergartengesetzes freue ich mich auf das Jahr 2009. Alles Gute! *(Beifall bei der SPÖ und Beifall auf der Galerie.)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Ich darf die Damen und Herren auf der Galerie bitten, von Beifalls- oder Missfallenskundgebungen Abstand zu halten. Das ist nicht gestattet.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Frau Berichterstatterin hat daher das Schlusswort. *(Abg. Edith Sack: Ich verzichte! - Allgemeine Unruhe – Abg. Johann Tschürtz: Hallo!)*

Darf ich um Ruhe bitten, wir sind in einem Abstimmungsverfahren und es wäre angebracht, dass eine gewisse Ruhe einkehrt, sonst weiß man nicht worum es geht.

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG mehrheitlich zur Kenntnis genommen.